56. Jahrgang. № 31. Freitag, 2. Februar 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 5 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile ca. 8 Silben) 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — An Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Sämtliche **Kotillongegenstände** sowie **Knallbonbons, Masken, Konfetti** und **Luftschlangen** Kotillonfabrik **Oscar Fischer,** Am See **21,** nur I. Etage.

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Wir laden, reparieren, halten grosses Lager in Zünderzellen
Ebeling & Croener
Bankstrasse 11.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Nordwestwinde, wolkig, zeitweise Schnee.

Im Königl. Schauspielhause fand gestern die Erstaufführung von Ernst Hardts fünfaktigem Trauerspiel „Gudrun" mit lebhaftem äußeren Erfolge statt.

Das deutsche Kronprinzenpaar ist gestern nachmittag in Celerina (Schweiz) eingetroffen.

Im preußischen Landtage wurde gestern bei der fortgesetzten Lesung des Etats das Wahlrecht der Beamten erörtert. Bei der Besprechung der Wahlen kam es wiederholt zu Tumultszenen.

Die Hamburger Staatslotterie soll wesentlich verändert werden. Der Höchstgewinn der Lotterie soll eventuell 1 Million Mark betragen.

Das Schloß Haag des Grafen Hoensbroech wurde von Einbrechern heimgesucht, denen Silbersachen im Werte von über 12 000 Mark in die Hände fielen.

Die Lage in Portugal hat sich derartig verschlimmert, daß ein Eingreifen Spaniens und Englands erwartet wird.

Das Generalkomitee der englischen Bergleute gibt bekannt, daß mit dem Generalstreik der englischen Bergleute gleichzeitig Ausstände der Bergleute Belgiens, Frankreichs und Deutschlands erfolgen.

Dr. Solf in London.

Der Nachfolger Lindequists im Reichskolonialamt, Herr Dr. Solf, hat seine Tätigkeit als Staatssekretär mit einer Reise nach London begonnen. Halbamtlich hat man uns erklärt, die Reise bezwecke eine gründliche Orientierung über den Diamantenhandel, der ja für unsere Kolonie Südwestafrika von der größten Bedeutung ist. Es liegt auch nicht der geringste Grund vor, an der Richtigkeit dieser Angabe zu zweifeln, zumal der Staatssekretär auch noch Amsterdam zu dem gleichen Zwecke zu besuchen gedenkt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß trotz dieser offiziösen Erklärung der Londoner Reise das Gerücht nicht verstummen will, der Hauptzweck der Reise sei, die Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes vorzubereiten. Von portugiesischer Seite ist dieses Gerücht allerdings energisch dementiert worden, trotzdem blieb die englische Presse bei ihrer Behauptung. Es mußte dabei auffallen, daß nicht nur die liberalen englischen Blätter, deren Aufgabe es ist, hin und wieder in deutsch-englischer Verständigung zu „machen", sondern auch die der konservativen Partei dafür eintraten, daß Deutschland von dem geldbedürftigen Portugal Angola und die Azoren erwerben sollte. Da die englische Presse in derartigen Fällen nicht ohne Weisung von amtlicher Seite vorgeht, so ist das Problem der Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes scheinbar tatsächlich in ein entscheidendes Stadium gerückt. Es ist begreiflich, daß unsere Regierung sich nicht eher hierüber aussprechen wird, ehe die Sache so gut wie perfekt ist.

Schon vor einiger Zeit ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Erwerbung von Angola eine Notwendigkeit für uns ist. Dieses mächtige Land, das im Norden unserer Kolonie Südwestafrika liegt, könnte uns die Verbindung mit dem Kongo vom Süden aus geben. Da wir jetzt von Kamerun aus ebenfalls eine Verbindung mit dem Kongo haben, die allerdings viel zu wünschen übrig läßt, so hätten wir tatsächlich ein ziemlich zusammenhängendes Schutzgebiet, das vom Tsadsee bis zum Oranje reichte. Durch Austausch würde es dann schließlich möglich sein, einen Verbindungsweg nach Ostafrika zu finden, so daß unser gesamter afrikanischer Besitz zusammenhinge. Dieses Ziel ist nicht nur erstrebenswert, seine Erreichung ist vielmehr einfach notwendig. Gewiß würde dann noch kein Idealzustand geschaffen sein, eine Abrundung dieses großen Kolonialreiches würde sicherlich erforderlich sein; bei einigermaßen gutem Willen der Kolonialmächte würde diese aber keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bieten. Schließlich werden die Mächte einsehen müssen, daß eine genaue Abgrenzung der Kolonialinteressen für alle Beteiligten von Vorteil sein wird.

Die Erwerbung Angolas ohne die Azoren würde unseren Kolonialbesitz um rund 1 815 000 Quadratkilometer vermehren, also um ein Gebiet, das zweieinhalb mal so groß ist wie das Deutsche Reich. Der Wert dieses Landes liegt aber nicht in der großen Zahl der Quadratkilometer, sondern in der ungemein großen Siedlungsfähigkeit Südangolas. Der bekannte Kolonialwirtschaftler Rohrbach, ein guter Kenner des Landes, hat sich darüber ganz begeistert ausgesprochen. Südangola ist „Südwestafrika mit Wasser" und nach Rohrbachs Meinung das beste Siedlungsland Afrikas südlich der Sahara. Das ist die beste Empfehlung für das Land. Zu beachten ist ferner noch folgender Gesichtspunkt: der wirtschaftliche Mittelpunkt Südafrikas ist noch immer Kapstadt. Das ist ein unnatürlicher Zustand, da außer unserer Kolonie auch Angola und Rhodesia wirtschaftlich nicht nach Kapstadt hinneigen. Diese großen, ungemein zukunftsreichen Länder verlangen nach einem anderen Mittelpunkt, nach einem großen Hafen und Handelsplatz. Daß Swakopmund niemals diese Aufgaben erfüllen kann, ist sonnenklar. Einmal ist der dortige Hafen ziemlich minderwertig, und zweitens haben unsere Bahnen keinen Anschluß an die Angolas und Rhodesias. Wohl aber kann die Lobitobucht, nördlich von Benguela in Angola, ein solcher Mittelpunkt werden. Schon heute bauen die Engländer eine Bahn von Benguela resp. der Lobitobucht, die nach Katanga geführt werden und schließlich nach Rhodesia weitergeleitet werden soll. Ist diese Bahn vollendet und die Lobitobucht noch „portugiesisch", dann hat unsere Kolonialpolitik abermals eine Niederlage erlitten, von der sie sich nur schwerlich wieder erholen dürfte.

Nun existiert ja bekanntlich ein britisch-deutscher Geheimvertrag über die portugiesischen Kolonien aus dem Jahre 1898. Dieser Vertrag ist nie veröffentlicht worden, es verlautet aber, daß er Angola und die Azoren Deutschland zuspricht, falls Portugal an die Veräußerung seines Kolonialbesitzes gehen sollte. Die Ausführung des Vertrages hängt demnach also von dem Willen Portugals ab. In Wirklichkeit ist Portugal aber nichts anderes als ein Schutzstaat Englands. Wirtschaftlich ist das Land des Portweins völlig in den Händen der Briten, die bisher stets ihre Hände schützend über das Land gebreitet haben, wenn die übrigen Mächte einmal im Begriff waren, die Portugiesen zur Verantwortung zu ziehen. Wenn England also will, so muß Portugal seine Kolonien hergeben. Das kleine Land, das immer mehr einer völligen Anarchie entgegentreibt, ist völlig außerstande, seinen ungeheuren Kolonialbesitz auch nur einigermaßen nutzbringend zu verwalten. Die gänzliche Zerrüttung der Finanzen verhindert jede energische Kolonialpolitik, so daß schon heute der Süden Angolas faktisch in englischen Händen ist. Im übrigen aber sei hier zur Beruhigung der Gefühlspolitiker im lieben Vaterlande, die in einem Druck auf Portugal eine „Beraubung" dieses Staates zu erblicken für nötig halten, an das bekannte Wort Bismarcks erinnert: „Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andere von uns, wir aber nicht von ihnen erwarten." Greifen wir nicht zu, so schluckt England alles allein, und wir haben zwar ein gutes Gewissen, aber keine Kolonie. Solche Gefühlsmomente haben hier allerdings nicht mitzusprechen.

Ist es also den britischen Blättern ernst mit ihrer Aufforderung an Deutschland, Angola und die Azoren Portugal abzukaufen, so stehen wir in der Tat vor einer großen und wichtigen Kolonialerwerbung. Es ist zwar bedauerlich, aber es ist nun einmal Tatsache, daß wir auch hier wiederum von dem guten Willen Englands abhängen. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Will England, daß wir Angola erhalten, so ist die Erwerbung dieses Landes sicher, will es aber nicht, so haben wir das Nachsehen. Denn dann wird Portugal einfach erklären, es wolle seine Kolonien behalten. Ist es Herrn Grey also ernst mit seiner Versicherung, daß England den deutschen Ausdehnungsbestrebungen in Afrika kein Hindernis entgegenstellen wird, so hat er jetzt die beste Gelegenheit, dies durch die Tat zu beweisen. Damit würde sich praktisch eine deutsch-englische Verständigung vollzogen haben, die man nur mit Freuden begrüßen könnte. Der Gegensatz zwischen den beiden Mächten ist ja nur dadurch entstanden, daß England sich jeder territorialen Erwerbung Deutschlands stets entgegengestellt hat. Zeigt England, daß es von dieser gefährlichen Politik ablassen will, so ist der Gegensatz mit einem Schlage beseitigt. Jetzt bietet sich hierzu eine selten günstige Gelegenheit; versagt England auch diesmal, so sind wir nicht mehr in der Lage, Aeußerungen englischer Minister jemals wieder ernst zu nehmen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 1. Februar.

Die Wahlen im preußischen Landtag.

Erregte Debatten und Tumultszenen.

Berlin, (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Lesung des Etats fort. Erster Redner war Abg. Gyßling (Fortschr. Vp.), der u. a. eine Wahlrechtsvorlage erörterte. Die Wahlreform sei der Wille des Volkes, sie sei um so notwendiger nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen. Bemerkenswert war, daß er erklärte, es müsse nicht nur das Reichstagswahlrecht in Frage kommen. Seine Freunde seien durchaus bereit, sich auch mit veränderten Formen zu begnügen, wenn nur das Wahlrecht verbessert werde. Notwendig sei vor allem eine Neueinteilung der Wahlkreise. — Abg. Ströbel (Soz.) hielt die Behauptungen seines Fraktionsgenossen Hirsch über das Wahlabkommen von 1907 zwischen Zentrum und Sozialdemokratie aufrecht. Jede der beiden Parteien habe damals der anderen zehn Mandate verschafft. Weiter wandte sich Redner gegen die abfälligen Ausführungen des Ministers des Innern über die Tragweite des Diensteides der Beamten. Der Diensteid sei nichts anderes als die Verpflichtung zu treuem Dienst und habe mit außerdienstlicher Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte nicht das geringste zu tun. Es sei eine unerhörte Rechtsberaubung, wenn man Beamte hindere, sozialdemokratisch zu wählen. Auch Minister v. Dallwitz habe den Verfassungseid geleistet. Dieser verbürge das freie Wahlrecht, und wenn der Minister das freie Wahlrecht der Beamten antaste, habe er sich selbst auf seine eigene Stirn das Kains-Zeichen des Eidbruches gedrückt. (Redner wurde wegen dieser Beleidigung des Ministers zur Ordnung gerufen, ebenso wegen einer weiteren Aeußerung, die Mitglieder des Hauses beleidigte.) — Abg. Hennings (kons.) wandte sich gegen eine Abänderung des preußischen Wahlrechts. Das jetzige preußische Wahlrecht sei gut, und seine Aufrechterhaltung als Gegengewicht des preußischen Staates gegen die Sozialdemokratie sei nötig. Welche Hetze, welche Verlogenheit habe der Wahlkampf gebracht! Das nenne die Regierung, die Volksstimmung in ruhige Bahnen leiten. Was mögen da unruhige Bahnen sein? Die Konservativen hätten im Staatsinteresse das Odium neuer Steuern auf sich genommen. Als nun der Großkapitalismus herangezogen werden sollte, erstand der Hansabund, und Herr Rießer predigte den Kampf gegen die bodenständigen Elemente. Seine Freunde seien bereit, große Opfer, auch vom Besitz, zu bringen, aber auch das Großkapital müsse herangezogen werden. Die unberechtigten Vorwürfe des Herrn v. Zedlitz gegen die Konservativen gerade in diesem Augenblick seien ihm befremdlich. Als wir die Finanzreform machten, sahen wir nicht voraus, daß die Regierung dann schwenken würde. (Stürmischer Beifall rechts.) Der abgegangene Kanzler hat sich sogar dazu verstiegen, das Verhalten der Mehrheit als den Volksinteressen entgegengesetzt zu charakterisieren. Das hat vor allem gegen uns gewirkt. Wir haben mit offenen Karten gespielt. Da durfte die nachfolgende Regierung nicht zulassen, daß unser Verhalten derart gekennzeichnet werde. Wir kommen dem Block von Bassermann bis Bebel immer näher. Der Freisinn wird nur noch galvanisiert durch die Sozialdemokratie. Kein Mandat aus eigener Kraft. In der Provinz mußte ihm die Sozialdemokratie helfen und in Berlin! die höchsten Staatsbeamten (Große Heiterkeit; Abg. Hoffmann ruft: Haben sie nicht die weißen Stimmzettel abgegeben? Heiterkeit, an der sich auch die in Frage stehenden Minister v. Dallwitz, Lentze, Beseler usw. beteiligen.) Wir, fährt Redner fort, schauen ohne Furcht in die Zukunft. Wir haben schlimme Zeiten erlebt und überwunden. Was der Minister über den Kampf gegen die Sozialdemokratie sagte, unterschreiben wir. Eine Rede hat aber nur dann Wirkung, wenn hinter ihr die feste Absicht der Tat steht. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die „Norddeutsche Allgem. Ztg." sagt, der Reichskanzler mache keine Ausnahmegesetze, gut, wenn es ohne sie geht, um so angenehmer. Aber der Gewinn der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampfe läßt doch befürchten, daß nicht alles gut? Und wie steht es mit der Handhabung der jetzigen Gesetze aus? Genießt der neuerzahlende Bürger den Schutz der ihm doch auch garantierten Freiheit? Ich erinnere nur an Moabit. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten, aus deren Reihen nun ausgestoßene Pfui-Rufe erschallen. Es hat eine Zeitlang den Anschein, als ob die Sitzung in dem Lärme nicht fortgesetzt werden könnte. Endlich gelingt es dem Vizepräsidenten Dr. Krause, sich vernehmbar zu machen. Er erklärt, daß solche Zurufe nicht berechtigt seien. Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) ruft: Freche Provokation. Vizepräsident Dr. Krause: Das ist eine unerhörte Beleidigung. Ich rufe den Abgeordneten Liebknecht zur Ordnung.) — Abg. Hennings fährt fort: Traurig, wenn es nicht ohne Ausnahmegesetze geht. Aber die Schuld haben die, welche die Gesetze überschreiten. (Hier bricht der Lärm von neuem aus. An den lebhaften Beifall der Konservativen schreien die Sozialdemokraten Schimpfworte hinein.) Die Aufrechterhaltung der Gesetze ist unbedingt nötig, eventuell mit Gewalt. (Andauernder Tumult. — Abg. Hirsch (Soz.) ruft: Die Rede verbreiten wir als Flugblatt. — Abg.